

Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung



An aerial, grayscale photograph of a city street filled with people of various ages and backgrounds walking in different directions. The scene is captured from a high angle, showing the movement and diversity of urban life.

Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung

Berliner Handbuch

Viele Menschen haben vielfältige Interessen, Lebenssituationen und Bedürfnisse. Wie gelingt es, diese Vielfalt der Gesellschaft zu erkunden, zu beschreiben und für Planung nutzbar zu machen. In fünf Kapiteln wird praxisorientiert beschrieben, was Gender Mainstreaming und Gender Planning meint, wie es funktioniert und wie es in den verschiedenen Handlungsfeldern von Städtebau bis Mobilität angewendet wird. Es werden Tipps und Hinweise für die Praxis gegeben. Die Gender-Kriterien der einzelnen Kapitel können als Karteikartensystem ausgeschnitten und verwendet werden.



Vorwort

Gender Mainstreaming verfolgt das Ziel, soziale Ungleichheiten zwischen allen Geschlechtern auf allen politischen Ebenen und in allen Planungs-, Entscheidungs- und Bauprozessen bewusst wahrzunehmen und durch Teilhabe Chancengleichheit zu fördern.

Gendergerechte Städte und Quartiere spiegeln gesellschaftliche Vielfalt wider, sie sind barrierefrei, gut erschlossen und vernetzt und bieten Räume, die bedarfsgerecht interpretier- und nutzbar sind. Chancengleichheit bringt neue Lebens- und Arbeitsmodelle hervor, lässt Mädchen Tore schießen und Jungen schaukeln. Integration ist nicht länger politisches Programm, sondern gelebtes Leben vieler verschiedener Kulturen und Religionen.

Die gendergerechte Stadt verknüpft Leben, Arbeit, Freizeit; nutzt Synergien, schafft Verknüpfungen, macht aus Wohnorten nachhaltige Lebensräume. Sie vermeidet Lärm und schafft dennoch eine Infrastruktur der kurzen Wege.

Gender wird ein Wirtschaftsfaktor sein, wenn lokale Gewerbe und Gewerke durch gemischte Anwohnerschaft Kundinnen und Kunden, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen. Wo Familien gute Wohnungen finden, Kinder und ältere Angehörige nah und gut betreut werden, können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für lange Zeit mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in die Zukunft gehen.

Gender Mainstreaming will Platz und Raum für Neues, bisher noch nicht Gedachtes und Gebautes schaffen, um Veränderungen bewusst voranzutreiben.

Dieses Handbuch greift Erfahrungen auf, um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten sich in der praktischen Auseinandersetzung um Stadtentwicklung ergeben, die eine gendergerechte Stadt Wirklichkeit werden lassen.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Ingeborg Junge-Reyer'.

Ingeborg Junge-Reyer
Senatorin für Stadtentwicklung





Inhalt

Einleitung

1 Gender Mainstreaming **9**

2 Gender Planning **13**

3 Genderorientierte Planungsprozesse **17**

3.1 Bestandsanalyse **19**

3.2 Zielformulierung **23**

3.3 Partizipation **27**

3.4 Wettbewerbe **31**

3.5 Evaluation **35**

4 Planerische Handlungsfelder **37**

4.1 Städtebau **39**

4.2 Wohnungsbau **45**

4.3 Gewerbeplanung **51**

4.4 Nahversorgung und Gemeinbedarf **55**

4.5 Mobilität **57**

4.6 Freiraum **61**

4.7 Umwelt **67**

5 Ausblick **71**

Grundlagen und weitere Informationen

Orte

Impressum



Einleitung

Seit fast zehn Jahren verfolgt Berlin auf Landes- und Bezirksebene ein sehr ambitioniertes Konzept zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. Ziel ist es, soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in allen Bereichen und bei allen Planungs- und Entscheidungsschritten bewusst wahrzunehmen und zu berücksichtigen. Das bedeutet, alle Vorhaben auf ihre möglichen geschlechterspezifischen Auswirkungen hin zu überprüfen und so zu gestalten, dass sie einen Beitrag zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter leisten. Dabei werden differenzierte Bedürfnisse nicht nur konstatiert und Unterschiede als gegeben hingenommen. Vielmehr wird nach Ursachen gefragt, um in der Konsequenz geschlechterspezifische Rollenzuschreibungen zu überwinden, strukturelle Ungleichheiten abzubauen und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

Damit geht Gender Mainstreaming weit über die Frauenförderung der vergangenen Jahrzehnte hinaus, ohne diese ersetzen zu wollen oder zu können. Es handelt sich vielmehr um zwei einander ergänzende Strategien, weil durch Gender Mainstreaming in allen Bereichen soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten identifiziert werden und somit aufgezeigt wird, wo ergänzende, fördernde Maßnahmen notwendig und sinnvoll sind.

In Berlin bildeten die Pilotvorhaben zum Gender Mainstreaming, die vorrangig in den Bereichen Städtebau und Freiraumentwicklung initiiert wurden, wichtige Kristallisationspunkte. Sie sind zu Lern- und Lehrstücken geworden, die ihre Strahlkraft weit über Berlin hinaus entfalten. Der vorliegende Katalog will diese positiven Effekte verstärken. Er bietet einen Überblick über die Kriterien, die hilfreich sind, Gender Mainstreaming in Planungsprozessen umzusetzen und Gender Belange so in die Entwicklung innerstädtischer Quartiere einzubeziehen.

Grundlagen sind die im Kontext der Arbeit des Beirates für frauenspezifische Belange der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung entwickelten Verfahren und bewährten Kriterien gendergerechter Planung sowie weitere Gutachten.

In der Zusammenführung und Weiterentwicklung dieser Materialien standen folgende Kriterien im Vordergrund:

- die Frage der räumlichen Einbindung in den städtebaulichen und funktionalen Kontext,
- räumliche Leitbilder, die sich nicht ausschließlich an traditionellen städtebaulichen Leitbildern orientieren, sondern innovative Raumbildungen zulassen und fördern, sowie
- die Auseinandersetzung mit der Frage, wie sich in Quartieren Nachbarschaft und Gemeinschaft bzw. Identifikation entwickeln können und welche Anforderungen an Planung sich daraus ergeben.



Der Katalog enthält somit ein Angebot an Kriterien und Entscheidungshilfen für gendergerechte Planung auf verschiedenen Ebenen. Einführend werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Gender Mainstreaming und Gender Planning erörtert, wie sie im Berliner Kontext verwendet werden. Es folgen Hinweise zur Gestaltung von Planungsprozessen, die durch Beurteilungskriterien für die einzelnen Ebenen der städtebaulichen Planung ergänzt werden.

Diese Kriterien sind als Anregung zu verstehen und an den jeweiligen Planungskontext anzupassen. Ziel ist es, Planungsbeteiligte anzuregen und zu ermutigen, sich in jedem neuen Projekt kreativ mit Gender Mainstreaming auseinanderzusetzen.

Hella Dunger-Löper

Hella Dunger-Löper
Staatssekretärin für Bauen und Wohnen



Gender Mainstreaming



1



Differenzierte Raumkonzepte für alle Lebenslagen

Gender Mainstreaming fördert die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen der Geschlechter – gleich welcher sexuellen Orientierung – auf verschiedensten Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Es unterstützt eine kreative Auseinandersetzung mit Unterschieden in Alter, Geschlecht, sozialer und kultureller Herkunft bei der Entwicklung städtebaulicher Leitbilder, in Abstimmungs- und Planungsprozessen.

Gender Mainstreaming ist ein politisches Leitprinzip, das Vielfalt bewusst macht, aktiviert und Chancengleichheit fördert. Als Querschnittsthema soll Gender Mainstreaming in allen gesellschaftlichen und politischen Handlungsfeldern und auf allen Handlungsebenen berücksichtigt werden. Als Instrument wirkt es durch Fragestellungen an die Ziel- und Nutzungsorientierung, erhöht dadurch die differenzierte Steuerung in Arbeitsprozessen und führt im Allgemeinen zu einer besseren Qualität von Arbeitsergebnissen.

Bewusst wird von allen Geschlechtern gesprochen, da wir davon ausgehen, dass der Begriff Geschlecht eine soziale Konstruktion beinhaltet, d.h. Frauen und Männer werden gesellschaftlich gemacht. Rollen, Verhaltensweisen, Ansichten und vieles mehr werden aufgrund des scheinbar offensichtlichen biologischen Geschlechts den Einzelnen zugeschrieben. Alle Geschlechter berücksichtigt auch die Vielfalt unserer sozialen Prägungen, neben dem Geschlecht auch Dimensionen wie das Alter, die ethnische und kulturelle Herkunft, Religion oder Weltanschauung, eine Behinderung oder die sexuelle Orientierung.

Durch einen Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 1999 erkennt die Bundesregierung Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip ihres Handelns an und implementiert die Strategie seit dem Jahr 2000 durch eine interministerielle Arbeitsgruppe. Nach § 1 Absatz 6 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) 2004 sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen „die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der

Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen, unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung“ zu berücksichtigen. Gender Mainstreaming ist Mittel zum Zweck und lenkt den Blick auf allgemeine gleichstellungspolitische Forderungen, die in Hinblick auf die verschiedenen politischen Handlungsfelder zu präzisieren sind. Eine zentrale Aufgabe bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming besteht darin, passende gleichstellungspolitische Strategien für die jeweiligen Aufgabenbereiche zu entwickeln.

Im Gegensatz zu früheren Ansätzen der frauengerechten oder frauenorientierten Politik stellt Gender Mainstreaming nicht „die Frau“ als einheitliche Zielgruppe in den Mittelpunkt, sondern lenkt die Aufmerksamkeit auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und auf deren vielfältige Lebenslagen. Dabei wird die Kategorie Geschlecht nicht isoliert, sondern in ihrem Wechselverhältnis zu anderen sozialen, demografischen und kulturellen Merkmalen betrachtet.

Gender Mainstreaming in Planungsprozessen und Projekten

In der räumlichen Planung und im Städtebau bedeutet Gender Mainstreaming, unterschiedliche Lebenssituationen und Interessen der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer jeden Alters und jeder Herkunft im gesamten Planungsprozess bewusst zu machen und zu berücksichtigen. Vielfältige Lebensentwürfe in Planungsprozessen sensibel zu achten und zu beachten heißt, ihnen und ihren Bedürfnissen in allen Lebensphasen Raum zu geben, um Städte zu entwickeln, die im wahrsten Sinne des Wortes „lebenswert“ sind. Dieses Ziel erlangt angesichts des demografischen Wandels, von dem auch Berlin in zunehmendem Maße betroffen ist, eine besondere und immer höhere Bedeutung (vgl. hierzu auch „Demografiekonzept für Berlin“, SenStadt 2009).

Ziele und Anliegen von genderorientierten Ansätzen in Raumplanung und Städtebau

Menschen leben in vielfältigen Alltagswelten und Beziehungszusammenhängen. Erwerbs- und Hausarbeit haben in ihrem Alltag einen unterschiedlichen Stellenwert und beanspruchen individuelle Fähigkeiten und Ressourcen, die sich erheblich voneinander unterscheiden. Allerdings lassen sich solche Unterschiede immer seltener allein mit der Kategorie Geschlecht begründen. Obwohl geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen ohne Zweifel nach wie vor wirksam sind, werden Lebensentwürfe und gesellschaftliche Strukturen, die im städtischen Alltag zu beobachten sind, nicht nur durch das Geschlecht, sondern durch ein Zusammenspiel demografischer, sozialer und kultureller Bedingungen geprägt. Im Einzelfall ist deshalb davon auszugehen, dass z.B. die Raumanforderungen allein erziehender Väter und Mütter einander ähnlicher sind als diejenigen einer Hausfrau und einer kinderlosen Berufstätigen. Vor diesem Hintergrund verfolgt Gender Mainstreaming das Ziel, Geschlechterstereotype nicht zu verfestigen,



sondern vielmehr Möglichkeitsräume für Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Kompetenzen und Ressourcen zu eröffnen.

Bei der Aneignung öffentlicher Räume sind geschlechtsspezifische Unterschiede ebenso zu beobachten wie beim Umgang mit dem Thema Sicherheit. Hier zeigt sich sehr deutlich, wie sich das Geschlecht in Verbindung mit demografischen, sozialen und kulturellen Merkmalen auf die Raumnutzung auswirkt. So verhalten sich junge Männer in der Regel selbstsicherer als Männer hohen Alters, aber auch als junge Frauen, obwohl sie statistisch gesehen häufiger Opfer von Delikten werden. Diese Unterschiede führen in der Summe zu differenzierten Ansprüchen an die gebaute Umwelt und an den öffentlichen Raum. Aufgabe einer qualitativ hochwertigen Stadtplanung, Freiraumentwicklung und Architektur ist es, genau diesen unterschiedlichen Ansprüchen mit einer differenzierten und bedarfsgerechten Planung Rechnung zu tragen.

Dazu ist es wesentlich, dass sowohl die Planungsziele als auch deren Konkretisierung und Umsetzung z.B. anhand von Kriterien geprüft und in Abstimmungs- und Beteiligungsprozesse integriert werden. Erforderlich ist eine kreative Auseinandersetzung mit bestehenden städtebaulichen Leitbildern und Projekten. Wo so die Potentiale von Gender Mainstreaming ausgeschöpft werden, können „klassische“ Planungsfehler vermieden und innovative – öffentliche – Freiräume oder Gebäude erdacht werden.

... kann Motor positiver Veränderung sein: die Gender-Perspektive einzunehmen heißt, gedanklich in Bewegung zu bleiben.

Gender Mainstreaming ...

... heißt auch, Räume für Neues und bisher noch nicht Gedachtes und Gebautes zu öffnen. Erreichtes sollte nicht als Status Quo betrachtet werden.

... erfordert flexible Prozesse und Projekte.

Notwendig sind tragfähige Dialogstrukturen, um die am Planungsprozess Beteiligten sowie Betroffenen einzubeziehen. Ziel ist hier, Gender Mainstreaming durch die Herstellung von geeigneten Entscheidungs-, Umsetzungs- und Evaluationsstrukturen als ergiebiges Planungsinstrument für planende Institutionen, Akteurinnen und Akteure zu etablieren (vgl. hierzu auch „Gender auf dem Weg in den Mainstream der Stadtentwicklung“, SenStadt 2006/2011).



Gender Planning



Vorhandenes aufgreifen, Vielfalt nutzen

Gender Planning qualifiziert Beteiligte und Betroffene in Planungsprozessen sowie Bauten im Hinblick auf unterschiedliche Raumanprüche, Ressourcen und Kompetenzen. Es berücksichtigt die Aneignungs- und Raumnutzungsmuster der Geschlechter und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und fördert die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld. Die Vereinbarkeit der Erwerbs- und Familienarbeit, das subjektive Sicherheitsempfinden sowie die nachhaltige Verankerung von Wahlmöglichkeiten in der Raumnutzung sind wesentliche Aspekte des Gender Planning.

Während Gender Mainstreaming als Strategie in alle Politikfelder einfließt, konkretisiert Gender Planning den Blick auf planende und bauende Disziplinen. Das bedeutet, dass jeder Prozess von der Idee bis zur Umsetzung unter genderspezifischen Aspekten betrachtet wird. Ziel ist es, Möglichkeiten der Raumeignung für alle Nutzenden zu schaffen. Dabei sind neben dem Geschlecht z.B. auch Alter, Mobilität, sozioökonomische Hintergründe und soziale Rollen zu berücksichtigen. Es ist zu hinterfragen, wie unterschiedliche Gruppen sich Räume aneignen und diese nutzen, solche „typischen“ Raummuster sind sozial konstruiert und deshalb wandelbar.

Gender Planning hat zum Ziel, einerseits aktuellen Raumanforderungen gerecht zu werden, andererseits aber auch Flexibilität für neue und differenzierte Raumeignungen zu schaffen bzw. Potenziale von Orten auszubauen. Hier sind die Aspekte besonders wichtig, die die Entwicklung von sozialer Bindung und Gemeinschaft und die Identifikation der Menschen mit einem Ort befördern.

Weder bei Gender Mainstreaming noch bei Gender Planning geht es darum, schematisch standardisierte Vorgaben abzuarbeiten. Im Vordergrund steht vielmehr, bei jeder Planungsmaßnahme zu fragen, welche geschlechts- und zielgruppenspezifischen Aspekte wahrgenommen werden können und wie diese im Planungsprozess und in der Raumnutzung wirksam werden.



Folgende Fragen können helfen, relevante Gender Aspekte aufzuspüren:

- Welche lokalen Formen von Erwerbs-, Versorgungs- und Familienarbeit sind bekannt?
- Was brauchen unterschiedliche Menschen zur Erfüllung dieser Aufgaben?
- Wie wird die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Versorgungs- und Familienarbeit in der räumlichen Planung berücksichtigt?
- Welche Innenräume, welche Außenräume gibt es für Kommunikation?
- In welchem Zusammenhang werden Räume für Kommunikation genutzt, benötigt und unterhalten?
- Wodurch entsteht Identifikation mit dem Raum?
- Durch welche Mittel kann die Identifikation mit dem Raum und im entsprechenden Umfeld gestärkt werden?
- Wer ist an Planungsprozessen zu welchem Zeitpunkt beteiligt?
- Werden Fachkompetenzen innerhalb und außerhalb der Verwaltung bei wichtigen Entscheidungen hinzugezogen?
- Wie und wann werden Bürgerinnen und Bürger in den Planungsprozess einbezogen?
- Werden unterschiedliche Bedürfnisse gleichwertig erhoben und berücksichtigt?
- Wie werden Prioritäten gesetzt und Entscheidungen getroffen?



Gender-Kriterien

Gender Planning

- * Räumliche Diversität und Flexibilität
- * Wahlmöglichkeiten in der Raumnutzung
- * Räume für Kommunikation und Austausch
- * Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit
- * Sicherheit
- * Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz
- * Partizipation

Räumliche Diversität und Flexibilität bedeuten, Wahlmöglichkeiten für unterschiedliche Aktivitäten heterogener Gruppen zu verschiedenen Tageszeiten zu schaffen.

Wahlmöglichkeiten in der Raumnutzung bedeuten, die Zementierung von Geschlechter- und Rollenbildern durch räumliche Vorgaben zu vermeiden, wie z.B. alleinstehende Fußballkäfige, die in der Regel von den Stärksten vereinnahmt werden und anderen Gruppen keine Chancen der Aneignung bieten.

Räume für Kommunikation und Austausch („community building“) stärken das soziale Miteinander unterschiedlicher Gruppen unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse (z. B. Ältere, Erwerbstätige während ihrer Mittagspause, Eltern und ihre Kinder, Jugendliche).

Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit wird u.a. durch Achtsamkeit für Wegeketten und bestimmte Aufenthaltsqualitäten im Freien unterstützt.

Sicherheit kann durch baulich-räumliche Gestaltung mit Blick auf das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht werden (Transparenz und Einsehbarkeit, Tag- und Nachtwege, Fluchtwege, ausreichende Beleuchtung, Vermeiden von Tunnelsituationen), durch die Schaffung alternativer Wegeführungen und die Stärkung der „sozialen Kontrolle“ sollen Übergriffe erschwert werden.

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz bedeuten eine größtmögliche Ausnutzung von passiven und nachhaltigen Ressourcen wie u. a. Flächen und Rohstoffen.

Partizipation bietet auf verschiedenen Ebenen die Möglichkeit sich in Planungsvorhaben einzubringen. Die Stufen der Partizipation beschreiben das Maß der Einflussmöglichkeiten in einem Partizipationsprozess durch Information, Mitwirkung, Mitentscheidung und Entscheidung. (vgl. hierzu auch „Handbuch zur Partizipation“, SenStadt 2011).



Genderorientierte Planungsprozesse



Auf dem Weg zur Chancengleichheit: Bestandsanalysen, Zielformulierung, Partizipation

Gendergerechte Planung erfordert nach Geschlecht und anderen Kategorien differenzierte Bestandsanalysen, Zielfestlegungen sowie Maßnahmenplanungen und Umsetzungen. Ziel ist es, durch Planung Chancengleichheit zu fördern. Dies braucht jedoch systematische Erfolgskontrollen und dafür entsprechende Strukturen in der Verwaltungsorganisation. Politischen Zielfestlegungen, z.B. durch schriftliche Ziel- und Qualitätsvereinbarungen, kommen dabei eine hohe Bedeutung zu.



Bestandsanalyse



Die Gegenwart weist den Weg in die Zukunft

Durch eine genderdifferenzierte Bestandsanalyse werden spezifische Themen, Vorstellungen und Potenziale unterschiedlicher Gruppen im Vorfeld sichtbar und beschreibbar, Ziele können konkretisiert werden.

Eine geschlechterdifferenzierte Bestands- und Datenanalyse und deren Auswertung erfüllt im Planungsprozess neben der analytischen eine wichtige vermittelnde und steuernde Funktion. Ein detailliertes geschlechterdifferenziertes Datenmanagement trägt dazu bei, städtebauliche Maßnahmen wesentlich nutzungs- und zielgruppenorientierter beurteilen zu können.



Gender-Kriterien

Bestandsanalyse

- * Konsequentes geschlechterdifferenziertes Datenmanagement, um die im Vorfeld der Planung notwendigen Bestandsanalysen durchführen zu können. Abzuleiten ist, ob Frauen und Männer von der Planung in unterschiedlicher Weise betroffen sind und ob verschiedene Nutzungsanforderungen vorliegen.
- * Geschlechterdifferenzierte Bestandsaufnahmen des Standortes (u.a. Sozialstruktur, Baustruktur) und seiner Umgebung sowie seiner Einbindung in das Stadtgefüge. Dabei werden die vorhandenen Datenbestände einbezogen.
- * Identifikation von positiven (z.B. gute Anbindung und Vernetzung durch mediale, soziale und verkehrliche Infrastrukturen) und negativen (z.B. hohe Belastung durch Schadstoffe und Emissionen wie z.B. Lärm, Kunstlicht, chemische Verschmutzungen) Merkmalen des Standortes.
- * Erfassung der Potenziale des Gebietes für zukünftige Entwicklungen und Möglichkeiten zum Ausgleich von raumstrukturellen Gleichstellungsdefiziten, z.B. durch kleinräumige Spielplatzangebote oder großräumige Nahverkehrs- und Telekommunikationswege.
- * Analyse des Projekts und seines Beitrages zur Gendergerechtigkeit sowie zur Transformation der Geschlechterverhältnisse, z.B. Mädchen spielen Fußball.



Marzahn



Zielformulierung



Umsichtig planen, entschlossen handeln

Die Zielformulierung stellt bereits im Vorfeld von Partizipation, Planung und Bauen sicher, dass und in welchem Maß die künftigen Nutzerinnen und Nutzer beteiligt sein werden. Sie ist eine Vereinbarung zwischen allen Beteiligten, die den Gesamtprozess lenkt und die Ausgrenzung einzelner Zielgruppen frühzeitig zu vermeiden hilft.

Die genderorientierte Zielformulierung ist in drei Dimensionen zu differenzieren:

- Inhaltliche Ziele: Was soll mit der Planung erreicht werden?
- Prozessziele: Wie soll der Planungsprozess gestaltet werden?
- Chancengleichheitsziele: Wie tragen Strukturen, Produkt und Prozess zu mehr Chancengleichheit bei?

Aus geschlechterdifferenzierten Bestandsanalysen werden konkrete Ziele abgeleitet. Planung bedeutet dabei, einen Abwägungsprozess zwischen verschiedenen Interessen vorzunehmen. Unter dem Aspekt der Chancengleichheit werden diese Interessen in Bestandsanalysen erfasst, beschrieben, gewichtet und priorisiert. Eine differenzierte und nachvollziehbare genderorientierte Zielformulierung hilft dann, mögliche Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen und damit einer Lösung zugänglich zu machen.

Bei der Zielfindung sind neben den inhaltlichen Zielen auch die konkreten Zielgruppen des Vorhabens zu beschreiben (s.o. Bestandsanalyse, Analyse der Potentiale). Um die speziellen Bedürfnisse der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer bzw. Bewohnerinnen und Bewohner zu erfassen, können bereits zu diesem Zeitpunkt, durch den Einsatz partizipativer Methoden, unterschiedliche Zielgruppen in die Zielformulierung einbezogen werden.

Die Zielformulierung wird im Zuge des Gesamtprozesses regelmäßig überprüft und eventuell angepasst. Nur mit einer eindeutigen Zielformulierung zur Geschlechterpolitik können dann Prozesse auch in diese Richtung gesteuert werden.

- * Genderorientierte Analyse der eingesetzten öffentlichen Steuerungs- und Planungsinstrumente
- * Bewertung der anbieterbezogenen Angebote bzw. Vermarktungsstrategien
- * Bewertung der wechselnden Projektentwicklungsstrategien (Behörde, Verwaltung, Markt, Bürgerinnen und Bürger, Nutzerinnen und Nutzer)
- * Genderorientierte Analyse der Planungs- und Projektsteuerungsstrukturen

Gender-Kriterien

Zielformulierung



Baugenossenschaft, Steglitz





Partizipation



Betroffene zu Beteiligten machen

Alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sollten Einfluss auf Inhalte und Prozesse der geplanten Projekte und Maßnahmen haben und gleichermaßen an den Planungsvorhaben beteiligt werden. Bei der Durchführung von Partizipationsverfahren ist deshalb auf gleiche Möglichkeiten der Teilnahme unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unter Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses zu achten.

Gendergerechte Partizipation ermöglicht durch differenzierte bürgerschaftliche Beteiligung bei Planungsprozessen Ergebnisse, die zu deutlichen Qualitätsgewinnen führen. Zu diesem Zweck sind geeignete Methoden einzusetzen und – sofern notwendig – zu entwickeln. Partizipation ernst zu nehmen, bedeutet dem Planungsprozess den gleichen Wert und die gleiche Aufmerksamkeit einzuräumen, wie dem Ergebnis. Gemeinsame Lernprozesse und die Artikulation unterschiedlicher Interessen stellen einen weiteren Mehrwert dieser Prozesse dar.

Bislang sind Frauen und Männer an kommunalen Planungsentscheidungen unterschiedlich beteiligt. Dabei zeigt sich, dass Gruppen mit hohen sozialen, finanziellen und kulturellen Ressourcen auch bei partizipativen Verfahren bessere Möglichkeiten haben, ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Differenziert werden muss also deutlicher – auch innerhalb der Geschlechter. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich die Beteiligungsinteressen zwischen den Geschlechtern noch immer voneinander unterscheiden. Bei kleinräumigen Projekten ist eine höhere Beteiligung von Frauen festzustellen als bei Großräumigen.

Für Partizipationsangebote leiten sich daraus folgende Notwendigkeiten ab:

- differenzierte Analysen der anzusprechenden Gruppen (es gibt nicht „die“ Frauen und „die“ Männer)
- Beteiligungsverfahren mit niedrigen Zugangsschwellen und das Anknüpfen an lebensweltliche Themen und Bedürfnisse





Gender-Kriterien

Partizipation

- * Durchführung von Partizipationsverfahren mit gleichen Möglichkeiten der Teilnahme von unterschiedlichen Zielgruppen unter Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses.
- * Anwendung von Methoden, die auch Gruppen, die eine nicht-verbale Artikulation ihrer Interessen bevorzugen, ernst nehmen und einbeziehen. Diese Gruppen sind Expertinnen und Experten für ihre Bedürfnisse, sie sind als solche zu betrachten, ernst zu nehmen und nicht zu bevormunden.
- * Entwicklung von speziellen Dialogstrukturen, die garantieren, dass die unterschiedlichen Belange der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer Berücksichtigung finden.
- * Wichtig ist ein transparentes Verfahren, das den Beteiligten ermöglicht, einzelne Schritte des Prozessfortganges nachzuvollziehen, um sich ggf. zu einem späteren Zeitpunkt noch einzubringen.



Aziz-Nesin-Grundschule, Kreuzberg

Maßnahmen zur Förderung gleichberechtigter Teilhabe sollten u.a. folgende Kennzeichen aufweisen:

- konkrete Beschreibung der Beteiligungsangebote
- eingegrenzter Zeitrahmen
- gender-sensitive Moderation der Veranstaltungen
- gezielte Einladung oder aktives Aufsuchen einzelner Gruppen
- Berücksichtigung familiärer Verpflichtungen bei der Auswahl von Orten und Zeiten der Beteiligungsverfahren
- Ortsbegehungen mit Bürgerinnen und Bürgern
- Aufsuchen und gezielte Einbindung von Frauengruppen, geschlechter-demokratischen Gruppen und Vereinen
- aktive Einbeziehung von Personengruppen, die nicht organisiert sind
- Benennung konkreter Ansprechpartnerinnen und -partner in der Verwaltung
- ggf. Aufsuchen schwer erreichbarer Gruppen, um durch Befragungen oder andere geeignete Methoden Informationen zu sammeln, die im Sinne eines „Mandates“ im Prozess verwendet werden können
- Respekt gegenüber den Beteiligten als Expertinnen und Experten für ihre jeweilige Lebenssituation und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren Verbesserungswünschen

Eine kritische Reflexion von Bedürfnissen und Verbesserungswünschen fördert Flexibilität und hilft die Zementierung vorhandener Strukturen zu verhindern.



Wettbewerbe



Gender in die Auslobung, Frauen in die Jurys

Wettbewerbsverfahren bieten die Möglichkeit, Gender frühzeitig zum festen Bestandteil einer Planung werden zu lassen. Zusätzlich können paritätisch besetzte Jurys bereits vor Auftragsvergabe die Interessen verschiedenster Nutzergruppen in den Fokus der Entscheiderinnen und Entscheider rücken.

Wettbewerbe sind ein beliebtes und bewährtes Instrument, um für eine spezifische Planungssituation eine Vielfalt an qualitativ hochwertigen Konzepten für Architektur, Städtebau und Freiraum zu erlangen. Durch Wettbewerbe wird versucht, Innovationen anzuregen und ein breites Spektrum guter Lösungsansätze für immer komplexer werdende Aufgaben zu erhalten.

Aufgrund gesellschaftspolitischer Veränderungsprozesse ändern sich auch Anforderungen an das Wettbewerbsverfahren. Es scheint daher sinnvoll, traditionelle Herangehensweisen durch einen systematischen Perspektivenwechsel zu ersetzen, um damit z.B. zunehmend paritätisch besetzte Jurys oder auch Partizipationsverfahren zu nutzen. Wettbewerbe erfordern eine hohe Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft auf unterschiedlichen Ebenen zwischen Baufachleuten, Architektinnen und Architekten, Ausloberinnen und Auslobern.

Die Empfehlungen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in Wettbewerbsverfahren betreffen die verschiedenen Akteursebenen und alle Phasen eines Planungswettbewerbs.



- * Integration der Gender Perspektive in die Bedingungen des Wettbewerbsverfahrens und in die Beschreibung der Wettbewerbsaufgabe
- * Genderspezifische Auslobung der Wettbewerbe, Gender Mainstreaming als gesonderte Aufgabenstellung
- * Geschlechtergerechte Sprache in den Auslobungstexten
- * Konkretisierung genderspezifischer Fragestellungen
- * Paritätische Besetzung der Jury durch Frauen und Männern unter Berücksichtigung ihrer individuellen Genderkompetenz
- * Gender Mainstreaming als ein wichtiges Kriterium der Fachkompetenz
- * Kontrolle der Wettbewerbsergebnisse nach Gender Mainstreaming Aspekten

Gender-Kriterien

Wettbewerbe



Oberbaumbrücke, Friedrichshain



Evaluation



Was war geplant – was ist geworden?

Ein systematisches Planungsmonitoring und die Evaluation der Planungsprozesse und Vorhaben machen erreichte Ziele, erwünschte und unerwünschte Wirkungen transparent. Im Rahmen eines Gender Mainstreaming-Prozesses ist hierfür ein kontinuierliches Erfolgscontrolling eng an Gender Analysen und Zielformulierungen gekoppelt. Dies meint zum einen ein kontinuierliches Monitoring des Planungsprozesses, zum anderen die quantitative und qualitative Überprüfung der Zielerreichung.

In der Regel endet der Planungsprozess bisher mit der Umsetzung der Maßnahme oder mit der Übergabe der Planung an die ausführenden Ämter. Demgegenüber sind Evaluationen nach Beendigung von Planungsprojekten sinnvoll, um Ansatzpunkte für Verbesserungen und Weiterentwicklungen ableiten zu können. Die Evaluation sollte zeigen, ob und wodurch die Zielgruppen, die angesprochen werden sollten, auch erreicht worden sind.

- * Verbindlicher Einbezug bzw. Nachweis von Gender-Expertise bei Planungen, Gutachten, Wettbewerben
- * Paritätische Besetzung von Fachpreisgerichten, Jürs und Gremien
- * Evaluation, ob und ggf. wodurch die Produkt-, Prozess- und Chancengleichheitsziele erreicht wurden
- * Schlussfolgerungen zu eventuell notwendigen weiterführenden Schritten

Gender-Kriterien

Evaluation

Planerische Handlungsfelder



Gender geht immer

Die Umsetzung von Gender Kriterien ist auf allen Ebenen der Planung notwendig und möglich. Flächennutzungs- und Bebauungsplanung bieten ebenso wie städtebauliche Entwürfe oder teilräumliche Planungen Ansatzpunkte zur Integration und Berücksichtigung gender-relevanter Aspekte. Gender Mainstreaming als Querschnittsthema ist somit auf allen Ebenen der räumlichen Planung relevant und berührt auch alle Themen und Handlungsfelder, sei es Städtebau, Wohnungsbau oder Gewerbeplanung.

Vorauszuschicken ist, dass insgesamt die Prinzipien der Innenentwicklung zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Durch behutsame sowie sozial und ökologisch verträgliche Nachverdichtung wird den Bedürfnissen vieler Zielgruppen entsprochen im Unterschied zur Außenentwicklung, d.h. mit der Ausweisung neuer Flächen am Stadtrand.

Selbstverständlich sind in jedem Bauprojekt die Anforderungen und Kriterien für ein barrierefreies Bauen zu berücksichtigen (vgl. auch „Barrierefreies Planen und Bauen in Berlin. Grundlagen und Beispiele“, SenStadt 2007 und „Design for all – Öffentlicher Freiraum Berlin“, SenStadt 2010).



Pallaseum
Schöneberg

Städtebau



„Gute Nachbarschaft“ steht für Teilhabe und Integration

Gender im Städtebau bedeutet größtmögliche Nutzungsvielfalt. Eine ausgewogene Mischung von Wohnraum, Büro- und Gewerbeflächen, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur und Freiraum bildet und sichert langfristig ein Infrastrukturnetz. Daraus erwächst die angestrebte Nachbarschaft und Begegnung von Einzelnen und von Gruppen, deren Unterschiedlichkeit im gendergerechten Städtebau als Potential begriffen und genutzt wird.



Gender Planning fördert neue Denkmuster. Soziale Sicherheit und ein räumliches Umfeld mit hoher Aufenthaltsqualität werden in Beziehung zueinander gesetzt, dies befördert Partizipation, Integration und Gemeinschaft. Auf dieser Basis entstehen Raumstrukturen, die vielfältige Wahlmöglichkeiten für die unterschiedliche Nutzung bieten.

Funktionsmischung und räumliche Zuordnung

Nutzungsmischungen sind ein wesentliches Qualitätskriterium im Städtebau. Sie erhöhen Wahlmöglichkeiten in der Raumeignung und fördern die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungs- bzw. Familienarbeit. Sie sind die Voraussetzung für eine gute Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen für verschiedene Gruppen (z.B. entsprechend dem Alter, dem Geschlecht, der Mobilität, dem sozioökonomischen Hintergrund) und tragen zur Belebung eines Gebiets bei. Darüber hinaus fördern sie die Nachbarschaftsbildung und die Sicherheit im öffentlichen Raum. Sie unterstützen die Diversität und Flexibilität von Einzelnen und Gruppen.

Gendergerechte Planungen sichern nutzungsgemischte Strukturen und eine gute Erreichbarkeit aller Infrastruktureinrichtungen.

Städtebaulich funktionale Anforderungen

Übergänge oder auch Schwellenbereiche zwischen unterschiedlichen Nutzungen sind bedeutende raumbildende Elemente. Entsprechend gestaltet, bieten sie die Chance, Orte der Begegnung und Kommunikation zu werden. Gleichzeitig ermöglichen sie eine gute Orientierung und unterstützen die Identifikation mit dem Ort und die Verantwortung der Nutzerinnen und Nutzer für einen Ort.

- * Herstellung funktionaler und räumlicher Bezüge eines Bauprojektes zum vorhandenen städtischen Umfeld
- * Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung
- * Nutzung von Synergien und Kompensation von Defiziten im Umfeld (Potenziale)
- * Schaffung eines flexiblen Nutzungskonzeptes
- * Berücksichtigung der räumlichen Zuordnung der Nutzungen (Wohn- und Büronutzung, Einzelhandel, Gastronomie) unter Berücksichtigung der Verträglichkeit unterschiedlicher Nutzungsarten, insbesondere Erreichbarkeit und Zugänglichkeit:
 - horizontal (grundstücksweise)
 - vertikal (gebäudeweise)
- * Eindeutige Zonierung, Zuordnung und Gestaltung der Übergänge von öffentlichen zu privaten Bereichen
- * Je nach Quartierstyp Schaffung belebender Nutzungsmöglichkeiten im Erdgeschoss
- * Angebote für unterschiedliche soziale Gruppen



Baudichte

Eine hohe bauliche Dichte sichert die Wirtschaftlichkeit und Tragfähigkeit von privater und öffentlicher Infrastruktur und trägt zur Urbanität bei. Die bauliche Dichte darf aber nicht so hoch sein, dass sie die Qualität des Wohnens und Arbeitens einschränkt. Über die Festlegung der Dichte werden sowohl eine optimale Ausnutzung der Grundstücke als auch gute Belichtungsverhältnisse und ausreichende Freiflächen gewährleistet.

- * Besondere Berücksichtigung eines angemessenen Verhältnisses der angestrebten Baudichte im Bezug zur Baudichte im unmittelbaren Umfeld
- * Besondere Beachtung der Ober- und Untergrenzen der Baudichte unter Berücksichtigung von nicht verschatteten Freiflächen, ausreichender Besonnung und Belichtung von Wohn- und Arbeitsräumen

Gender-Kriterien

Städtebau: funktionale Anforderungen

Gender-Kriterien

Städtebau: Baudichte



Schönhauser Allee, Prenzlauer Berg

Optimale Raumbildung durch Vernetzung von Gebäudestrukturen und Außenraum

Die Raumbildung durch die Bebauungsstruktur hat wesentlichen Einfluss auf die Möglichkeiten der Raumeignung für verschiedene soziale Gruppen. Durch eine angemessene Baudichte sowie durch die Zonierung und Vernetzung von Gebäuden und Freiraum können Aufenthaltsqualitäten geschaffen und ausreichende Wahlmöglichkeiten für die Aneignung öffentlicher Räume gewährleistet werden. Darüber hinaus sind individuelle Sicherheitsbedürfnisse und Faktoren zum Schutz des Wohn- und Arbeitsplatzes vor Lärm- und Schadstoffbelastung zu berücksichtigen.

Ziele der Schaffung vielfältiger Möglichkeiten der Raumeignung sind:

- Identifikation der Nutzerinnen und Nutzer mit dem Ort fördern
- Privatheit als auch soziale Kontrolle (Sicherheit durch Nähe / Distanz) ermöglichen
- übersichtliche Hauptverbindungen schaffen und damit „Angsträume“ vermeiden
- hohe Aufenthaltsqualität des Freiraums erreichen
- ausreichende Belichtung und Besonnung der Aufenthaltsräume in Wohnungen und Arbeitsstätten ermöglichen
- ausreichend Schutz des Wohnens vor Lärm-, Kunstlicht- und Luftbelastung bieten

Das Angebot unterschiedlicher Wohnungsgrößen, Eigentums- und Mietverhältnisse bzw. Trägerschaftsmodelle, Bauherrinnen- und Bauherrenmodelle garantiert ein hohes Aneignungspotenzial unterschiedlicher Nutzungsgruppen. In Bezug auf die räumliche Zuordnung der Wohn- und sonstigen Nutzflächen innerhalb gemischt genutzter Gebäude sollte folgendes beachtet werden:

- Vertikale Verteilung: Anordnung der Wohnungen in den oberen Geschossen
- Horizontale Verteilung der Wohnungen: schutzbedürftige Räume zu ruhigeren Zonen



- * Lage der Gebäude zu öffentlichen und privaten Verkehrsflächen
- * Größe und Zuschnitt der Parzellenstruktur
- * Lage der Zugänge und Eingänge (Adressbildung)
- * Ausreichende Abstandsflächen (Gewährleistung von Privatheit sowie Besonnung, Belichtung, Belüftung und Vermeidung von extremen Luftströmungen)
- * Orientierung von Aufenthaltsräumen zur Verkehrsfläche und Freifläche (soziale Kontrolle, Lärmschutz, Belichtung, Besonnung)
- * Ausrichtung der Gebäude zum Freiraum (Herstellung von Sicht- und Rufkontakt, passive Teilhabe an Aktivitäten im unmittelbaren Umfeld)
- * Begünstigung von Bauweisen und Bauformen, die ruhige Aufenthaltsflächen und ruhige Freiflächen ermöglichen (Lärm, Luftbelastung)
- * Größe und Kombinierbarkeit der Nutzungseinheiten (Überschaubarkeit, Vielfalt)
- * Vermeidung „blinder“ Fassaden (Sicherheit, Gestaltung)
- * Vermeidung von Nischen bzw. Vorsprüngen, die die Einsehbarkeit beschränken



Wohnungsbau



Die Mischung macht's!

Der demografische Wandel und die Vielfalt der Lebensplanungen verlangen anpassungsfähige Wohnräume und -quartiere, die auf die Lebensrealitäten verschiedener Nutzungsgruppen reagieren. Die flexible Nutzung von Räumen, unterschiedliche Mietpreise und Trägermodelle, Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Nutzung, Erwerbsarbeit sowie Betreuung für Kinder und ältere Menschen fördern die soziale Durchmischung und verringern die Fluktuation in der Bewohnerschaft.

Demografische Entwicklung und sozialer Wandel haben Auswirkungen auf die Wohnungswirtschaft bzw. -politik und damit auf die Bereitstellung von Wohnraum. So führen veränderte Lebensentwürfe zu differenzierten Wohnraumsprüchen. Die Nachkriegsbebauung, im Wohnungsschlüssel häufig ausgerichtet auf den Wohnflächenbedarf und die Wohnraumaufteilung einer „klassischen“ Kleinfamilie mit zwei Kindern, entspricht immer weniger den Anforderungen der heutigen Wohnbevölkerung mit ihren differenzierten Lebenskonzepten und dem überwiegenden Anteil von Ein-Personen-Haushalten. In Zeiten langen Lebens gewinnt die Barrierefreiheit von Wohnumfeld, Gebäuden und Wohnungen stark an Bedeutung. Der Bedarf an qualitativem Wohnraum steigt kontinuierlich, während die Mieten bezahlbar bleiben müssen. Eine kulturell vielseitige und älter werdende Bevölkerung erfordert mittel- und langfristig erhebliche Investitionen in die Anpassung der Wohnungsbestände sowie eine stärkere Ausrichtung des Bestandsmanagements auf die sozio-kulturellen Veränderungen der Bewohnerschaft.



Bis 2020 entwickelt sich der Trend hin zu mehr kleinen Wohnungen durch anhaltende Haushaltsverkleinerungen. Selbst bei steigender Wohnungsnachfrage besteht in Berlin dafür ein ausreichendes gesamtstädtisches Wohnungsangebot, um eine quantitativ hinreichende Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Das verlangt allerdings, dass die heute sehr stark auf einzelne „Szenequartiere“ fixierte Wohnungsnachfrage die Qualitäten der im Augenblick weniger gefragten Quartiere erkennen muss. Vor allem mit stadtteilbezogenen Daten und sozial-räumlichen Quartierskonzepten lässt sich die Aufmerksamkeit der Wohnung-

suchenden für die Qualitäten bisher weniger beachteter Stadtteile gewinnen. In diesem Zusammenhang öffnet Gender Mainstreaming den Blick auf neue Ansprüche und Nachfragegruppen, die im Rahmen der gesellschaftlichen Differenzierung entstehen.

Vielfalt von Nutzungs- und Aufenthaltsqualitäten in der Bebauung

Funktionale und soziale Mischung

Eine Wohnungsbestandsentwicklungspolitik, die Mehrgenerationenwohnen, alternative Wohnformen, soweit erforderlich Neubau, Umnutzung von Nichtwohngebäuden zu Wohnnutzungen sowie Angebote für Erwerbs- und Familienarbeit an einem Ort umfasst, kann vielfältige Lebensentwürfe unterstützen. Die unterschiedlichen Nutzungsgruppen verschiedenster Altersstufen und Lebensstile können vielfältige, lebendige Nachbarschaften stärken und weiterentwickeln.

Gendergerechte Planung fördert die soziale Kommunikation und entschärft in der Nachbarschaft das Konfliktpotential durch unterschiedlich intensive Nutzungsformen, indem die Lebensrealitäten verschiedener Nutzungsgruppen geachtet und gemeinschaftlich vor Ort kommuniziert werden. Bedürfnisse der unterschiedlichen Lebenssituationen werden ernst genommen und Planungsziele werden in Abstimmung mit den Beteiligten definiert und unter deren aktiver Mitwirkung umgesetzt.

- * Berücksichtigung sozialer Mischung, z.B. durch Angebote unterschiedlicher Wohnungsgrößen und sonstiger Nutzungseinheiten, unterschiedliche Wohnungspreise sowie verschiedene Vermarktungsformen und Trägermodelle
- * Mischung unterschiedlicher Wohnformen, Integration spezieller Wohnungsangebote (z.B. betreutes und gemeinschaftliches Wohnen in generationsgemischten Quartieren)
- * Bereitstellung flexibler, für vielfältige gemeinschaftliche Nutzungen offener Räume, bei gleichzeitiger klarer räumlicher Gliederung (räumliche und funktionale Mischung)
- * „Management“ von Aktivitäten sozialer Nachbarschaften durch Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner, soziale Träger und / oder Eigentümer als „starke Partner“ im Quartier

Gender-Kriterien

Wohnungsbau: funktionale & soziale Mischung



Gebäude- und Grundrissgestaltung

Mit flexiblen und variablen Gebäudestrukturen und Grundrissen ist es möglich, unterschiedliche Wohnformen und Orte für Begegnung und Kommunikation anzubieten. Dies erfordert zumeist räumlich-organisatorische und bauliche Maßnahmen, um das Konfliktrisiko zwischen unterschiedlichen Nutzungsgruppen zu minimieren. Nutzungsneutrale Wohnräume tragen dabei am ehesten dem Stellenwert der Familienarbeit und ggf. auch der Erwerbsarbeit in der Wohnung Rechnung.

Flexible Gebäudestrukturen können in Kombination mit kleinteiligen Erschließungssystemen und bei gleichzeitiger klarer räumlicher Gliederung die Rauman eignung für unterschiedliche Nutzungen ermöglichen. Eine hohe Aufenthaltsqualität kann durch eine effiziente Raumgliederung gewährleistet werden, die auch das Baualter der Gebäude beachtet. Gleichzeitig fördert die Verwendung von robusten, nachhaltig qualitativollen Baumaterialien die Wertschätzung der Substanz (Identifikationsfaktor) und erleichtert effiziente Instandhaltung und Pflege (vgl. auch Bausteine der Nachhaltigkeit „Ökologisches Bauen in Berlin“, SenStadt 2009).

Ziele sind:

- Wahlmöglichkeiten und Anpassungsfähigkeit für unterschiedliche Lebensphasen schaffen
- möglichst vielfältige Tätigkeitsfelder in Verbindung mit der Wohnnutzung ermöglichen
- Identifikation der Bewohnerschaft mit der Bebauung stärken
- aktive, passive und interaktive Teilhabe an Aktivitäten im unmittelbaren Umfeld unterstützen
- Schwellenbereiche von öffentlichen Räumen zu Bereichen der Arbeits- und Privatsphäre schaffen

- * Durchmischung von klar definierten Raumnutzungen und Raumeinheiten, die für vielfältige andere Nutzungen aneignungsfähig sind
- * Grundrissorganisation: Enthierarchisierung von Nutzungen, Nutzungsneutralität der allgemeinen Aufenthalts- sowie Wohnräume, für eine individuelle Aneignung
- * Angebot von zuschaltbaren und anmietbaren Räumlichkeiten
- * Ausrichtung der Wohnräume: ausreichende Besonnung und Belichtung
- * Gemeinschaftsräume und ausreichende Flächen für Gemeinschaftsanlagen (Fahrräder, Kinderwagen, Rollatoren) und Kommunikation
- * Langlebigkeit und Robustheit der Baustoffe, Investitionskosten als Spiegelbild des Langzeitwertes, unter Berücksichtigung gesundheitlicher und ökologischer Unbedenklichkeit
- * Ressourcenschonung, Energieeffizienz, Bezahlbarkeit von Wohnkosten

Gender-Kriterien

Wohnungsbau: Gebäude- & Grundrissgestaltung



Gewerbeplanung



Mit dem Rad zur Arbeit, um die Ecke einkaufen, Betreuung im Kiez

Arbeitsplätze sind zwingender Bestandteil funktional gemischter Siedlungsräume im Sinne des Gender Planning. Einzelhandel, Dienstleistungen und Handwerk, Räume für freiberufliche Tätigkeiten steigern die Attraktivität von Wohnquartieren und fördern die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit.

Nicht-störendes Gewerbe

Eine Stadt der kurzen Wege erleichtert wesentlich die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, insbesondere für Eltern und für pflegende Angehörige. Die Forderung nach einer Stärkung funktional gemischter Siedlungsstrukturen im Rahmen des Gender Planning bezieht sich deshalb nicht nur auf eine gute Ausstattung von Wohnquartieren mit Versorgungseinrichtungen, sondern auch auf wohnortnahe Räume und Infrastrukturen für Arbeitsplätze mit unterschiedlichen Ansprüchen. Flächen für freiberufliche Tätigkeiten, Einzelhandel, Dienstleistungen, Kultureinrichtungen und nicht-störendes Handwerk erhöhen nicht nur den Ausstattungs- und Versorgungsgrad eines Quartiers, sondern bieten Bewohnerinnen und Bewohnern auch die Möglichkeit, vor Ort entsprechend der Qualifikationen erwerbstätig zu werden.





- * Kleinteilige Zuordnung unterschiedlicher Baugebietstypen
- * Vermeidung von reinen Wohngebieten und bevorzugte Ausweisung von allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten
- * Ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung (Infrastruktur)
- * Horizontale und vertikale Gliederung der Art der baulichen Nutzung nach § 1 Absatz 4 ff. Baunutzungsverordnung (BauNVO) (z.B. für Läden, Einrichtungen sozialer Infrastruktur, Handwerk etc.)
- * Berücksichtigung der Interessen sowohl der Wohnbevölkerung als auch der Erwerbstätigen im Quartier
- * Vermeidung potentieller Konflikte durch Emissionen (z.B. Lärm durch Produktion und Verkehr, Abgase, Abwässer)

Gender-Kriterien

Gewerbeplanung: Nicht-störendes Gewerbe



Woche Markt Mexikoplatz, Zehlendorf

Ausstattung von Industrie- und Gewerbegebieten

In Industrie- und Gewerbegebieten, in denen Industrie und störendes Gewerbe bzw. Betriebe mit großem Flächenbedarf angesiedelt sind, wird eine Vereinbarkeit von Versorgungs- und Erwerbsarbeit häufig durch die Monofunktionalität und durch großräumige, ausschließlich auf das Auto ausgerichtete Strukturen erschwert. Verkehrsgünstig gelegene Versorgungszentren, die z.B. den Einkauf des täglichen Bedarfs oder die Inanspruchnahme von Dienstleistungen auf dem Weg vom oder zum Arbeitsplatz ohne großen Aufwand ermöglichen, können erhebliche Zeitersparnisse bringen und die Kopplung von Wegezwecken verbessern.

- * Vermeidung monofunktionaler Gebiete; gemischte Baustrukturen
- * Verknüpfungen zwischen Industrie- / Gewerbegebieten und Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs
- * Nutzung von Brachflächen für Versorgungsangebote, die sich an die Erwerbstätigen richten
- * Berücksichtigung sicherer und die Orientierung erleichternde Wegeführungen
- * Gewährleistung einer Erreichbarkeit auch für Menschen ohne eigenen Pkw durch Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Rad- und Fußwege
- * Vermeidung potentieller Konflikte durch Emissionen (z.B. Lärm durch Produktion und Verkehr, Abgase, Abwässer)

Gender-Kriterien

Gewerbeplanung: Industrie- & Gewerbegebiete



Nahversorgung und Gemeinbedarf



Rykestraße
Prenzlauer Berg

Das Zuhause für ein ganzes Leben

Je besser ein Gebiet mit wohnungsbezogenen Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen ausgestattet ist, umso besser kann das Miteinander und die Kommunikation gefördert und die Vereinbarkeit von Versorgungs- und Familienarbeit mit der Erwerbsarbeit für Frauen und Männer unterstützt werden. Zudem erhöhen sich die Möglichkeiten für Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers, dort lebenslang zu wohnen.

- * Schaffung differenzierter Angebote an Wohnungsergänzungseinrichtungen, z.B. für Kommunikation, Kultur und Bildung für unterschiedliche soziale Gruppen
- * Gewährleistung einer fußläufigen und sicheren Erreichbarkeit von Einrichtungen des täglichen Bedarfs wie z.B. Einkaufsstätten und Kinderbetreuung
- * Berücksichtigung unterschiedlicher Betriebsformen, wie Wochenmarkt, Supermarkt, Fachgeschäfte, Discounter

Gender-Kriterien

Nahversorgung und Gemeinbedarf



Mobilität



Stadt der kurzen und sicheren Wege

Die gute Erreichbarkeit in einer „Stadt der kurzen Wege“ sichert gleiche Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in verschiedenen Lebenslagen für alle sozialen Gruppen.

Die Optimierung des Fuß- und Radverkehrs mit guter Anbindung an die Umgebung und an das ÖPNV-Netz sowie die Gestaltung eines sicheren Wegenetzes für Menschen, die zu Fuß und mit dem Fahrrad unterwegs sind, ermöglichen jedem gleiche Mobilitätschancen.

- * Ermöglichung von Wegeketten, kurze Wege und zeitlich angemessene Erreichbarkeit unterschiedlicher Infrastruktureinrichtungen (z.B. Schulen, Spielplätze, Krankenhäuser, Friedhöfe)
- * Gute, sichere und bedarfsgerechte räumliche und zeitliche Anbindung an den ÖPNV, z.B. durch Verbesserung der Taktzeiten
- * Gute Erreichbarkeit der Zentren sowie benachbarter Stadtteile durch die Berücksichtigung eines linearen wie radialen Verkehrsnetzes
- * Anbindung des Fuß- und Radwegnetzes an externe Erschließung und Haltestellen des ÖPNV
- * Gute Erreichbarkeit von hellen, sicheren und einsehbaren sowie wettergeschützten Haltestellen
- * Anlage von Haltestellen in der Nähe von Gebäuden / Eingängen und in Kombination mit gewerblichen Nutzungen zur besseren sozialen Kontrolle
- * Flexible Haltemöglichkeiten während der Nachtstunden

Gender-Kriterien

Mobilität: ÖPNV / Erreichbarkeit

- * Anbindung der inneren Erschließung (Durchwegung, Durchfahrten, Zugänge) an das externe Erschließungsnetz
- * Übersichtliche Wegeführungen für die Hauptwege (Orientierung, Verkehrssicherheit)
- * Ausreichende, niveaugleiche und sichere Querungsmöglichkeiten, z.B. über Ampelanlagen, Zebrastreifen und Mittelinseln
- * Sichere Ausgestaltung der Gehwege in Hinblick auf ihre Breite, die Linienführung, Beleuchtung, sichere Überquerung und Orientierungshilfen
- * Berücksichtigung von Standards der Barrierefreiheit: ausreichende Bewegungsflächen, Vermeidung von Niveauunterschieden, sichere Bodenbeläge, Orientierungshilfen

Gender-Kriterien

Mobilität: Wege

- * Anordnung und Gestaltung sicherer und gut erreichbarer Parkplätze für Pkws und Fahrräder, räumliche Übersichtlichkeit, Transparenz, übersichtliche Einteilung, gute Einsehbarkeit, gute Beleuchtung, Orientierungshilfen
- * Zufahrt in die Tiefgaragen nur für Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Menschen mit Zugangsberechtigung

Gender-Kriterien

Mobilität: Ruhender Verkehr



Freiraum



Tore schießen, Körbe werfen, Freundschaften knüpfen

Öffentliche Freiräume ergänzen städtische Bebauung im ästhetischen Sinn und im Hinblick auf das soziale Miteinander. Sie sind Orte des Spielens, der Erholung und Bewegung, fördern Identifikation, Begegnung und Austausch und damit das gleichberechtigte Nebeneinander der Geschlechter, verschiedener Alters- und Gesellschaftsgruppen. Gendergerechte Freiräume sind behindertengerecht, übersichtlich, interpretierbar, nachhaltig und gut verbunden mit ihrem Umfeld.

Freiräume in der Stadt und insbesondere in innerstädtischen Quartieren können einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung neuer gendergerechter Stadtquartiere und -strukturen leisten. Sie befinden sich dabei sowohl im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen bekannten Rollen und der Aushandlung neuer Rollenmuster als auch im Spannungsfeld zwischen räumlich-sozialer Tradition und Innovation.

Sozialräumliche Funktionen

Freiräume können einerseits sowohl im politischen und sozialen als auch im räumlichen Sinne Orte des informellen gesellschaftlichen Austausches, der Interaktion und damit Innovation sein. Andererseits erfüllen sie in der Stadt wichtige individuelle Ansprüche der Nutzerinnen und Nutzer in Bezug auf Selbstvergewisserung, Erholung und Kommunikation.

Freiräume übernehmen als Sozialräume private, halböffentliche, gemeinschaftliche und öffentliche Aufgaben für die Stadtgesellschaft, die jeweils durch benachbarte Nutzungen beeinflusst werden. Das Wechselspiel solcher Nachbarschaften kann im Sinne der Gendergerechtigkeit wichtige Aufgaben erfüllen. Insbesondere für Kinder und ältere Menschen bieten wohnungsnah Freiflächen wichtige Orte des Spiels, der Kommunikation, der Erholung und sportlichen Betätigung.



Gender-Kriterien

Freiraum: Sozialräumliche Funktionen

- * Sinnvolle Zonierungen von öffentlichen, gemeinschaftlichen bzw. halb-öffentlichen und privaten Räumen
- * Öffentlicher Raum als politischer Ort, als Ort der demokratischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung und des Austausches sowie der Integration
- * Gewährleistung von Wahlmöglichkeiten und einem hohen Aufforderungscharakter zur Teilhabe: um Innovation anzustoßen und Freiraum als Ort zu nutzen, um Neues auszuprobieren
- * Schaffung von interpretierbaren und nutzungsoffenen Ausstattungselementen, die eine hohe Flexibilität, Veränderbarkeit sowie Möglichkeiten der Einflussnahme auf Nutzungen und Gestaltung ermöglichen
- * Sicherstellung hoher Nutzungsqualitäten zu verschiedenen Jahreszeiten
- * Öffentlicher Freiraum als Ort des Austausches und Ort der Anonymität; Vermeidung von Konkurrenzen: Balance zwischen gruppenübergreifenden, offen interpretierbaren und flexiblen Räumen sowie spezifischen Räumen
- * Sinnvolle Nachbarschaften von Nutzungen und Nutzungsgruppen; Infrastrukturen für Freizeit, Spiel, Sport, Kommunikation; spezifische Anordnung von Spezialräumen: z.B. Kleinkinderspielplätze in Ruf- oder Sichtweite der Wohnungen
- * Einsehbarkeit und Übersichtlichkeit von Wegen und Flächen, Orientierungsmöglichkeit, ausreichende Beleuchtung, Barrierearmut oder -freiheit
- * Prägnante Identitäten

Aufenthaltsqualität

Eine hohe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum bedeutet, dass die Nutzungswünsche und Ansprüche der unterschiedlichen Nutzerinnen- und Nutzergruppen Raum und Infrastruktur finden. Öffentliche Freiräume sind aus gesundheitlicher, sozialer und ästhetischer Sicht wichtige Ergänzungen zum engeren Lebensumfeld, so dass ihre Nutzung auch für Bevölkerungsgruppen mit körperlichen Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen ermöglicht werden soll (vgl. auch „Design for all – Öffentlicher Freiraum Berlin“, SenStadt 2010). Die Aufenthaltsqualität und Flexibilität öffentlicher Freiräume trägt so wesentlich zu Austausch und Interaktion bei. Insbesondere müssen öffentliche Freiräume wesentliche Aufgaben für die Gruppen erfüllen, die über keinen oder wenig privaten Freiraum verfügen. Hier bieten sie Kindern Spielräume im realen wie übertragenen Sinn.



Gender-Kriterien

Freiraum: Aufenthaltsqualität

- * Zonierungen und klare, eindeutige Zuordnung der öffentlichen, halböffentlichen und privaten Flächen zur Sichtbarmachung von Zuständigkeiten, zur Vermeidung von Konflikten und besseren sozialen Kontrolle
- * Schwellenbereiche als differenzierte, präzise angeordnete Bereiche des Übergangs sowie als Aufenthaltsorte, Orte der Kommunikation, als Tore und Durchgänge, die Kommunikation, Austausch und Verhaltenssicherheit fördern
- * Schwellenbereiche als besondere Orte der Veränderung im Verhalten, in der Geschwindigkeit, in Klang, Gestalt etc.
- * Abgestufte und differenzierte Bewegungsräume (langsam, schnell, klein, groß); Wahlmöglichkeiten und Orientierung bei Tag- und Nachtwegen, je nach Bewegungsintensität, Richtung und Größe der Räume
- * Blickbeziehungen, Übersichtlichkeit: Blickbeziehungen und eine ausreichende Transparenz ermöglichen eine soziale Kontrolle; Zonierungen zugunsten eines geschützten Innenraumes sind trotzdem notwendig
- * Orientierung, Merkmale: Markante, Identität stiftende Elemente, Raumfiguren etc.
- * Raumwirksame Puffer von unterschiedlicher Stärke strukturieren den Gesamtraum, so dass eine Sequenz von differenzierten Raumqualitäten entsteht; Licht und Schatten unterstreichen Zonierungen in ruhige und aktive Bereiche, Wechsel und Differenz
- * Staffelung von Räumen und Funktionen je nach Nutzungen, Nutzungsintensität; spezielle Angebote für einzelne Nutzungsgruppen zur Vermeidung von Konflikten und Nutzungskonkurrenzen, z.B. durch generationenübergreifende Nutzungen, Wahlmöglichkeiten zwischen Gemeinschaft und Rückzug, flexible Aufenthalts- und Spielelemente
- * Vermeidung von Konkurrenzen zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen durch größtmögliche Flexibilität der Flächen
- * Erschließung und Durchwegung, Sicherheitsbedürfnisse. Orientierung durch klare Raumdifferenzierung; eindeutige, übersichtliche Wegführungen für die Hauptwege. Orientierung im Raum und von Ort zu Ort, Übersichtlichkeit, Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit, Fluchtwege
- * Beleuchtung und Transparenz; ausreichende Beleuchtung der Haupt- und Nebenwege, Übersichtlichkeit durch Transparenz und Einsehbarkeit

Gestalterische Qualitäten

Gestalterische Qualitäten im Sinne der Gendergerechtigkeit bedeuten, eine Balance zu finden zwischen geschlechter-, generationen- und kulturübergreifenden Gestaltungspräferenzen einerseits und nutzungsorientierter Gestaltung andererseits. Ziel ist es jedoch, bestehende Präferenzen nicht zu zementieren.

- * Identifikation, Symbolik
- * Schaffung von Identität stiftenden Orten
- * Erstellung markanter Merkzeichen
- * Beachtung der individuellen Interpretierbarkeit
- * Gewährleistung einfacher Orientierung
- * Einbeziehung der Verantwortlichkeit für die Pflege / Unterhaltung
- * Berücksichtigung des Leitbildes der Nachhaltigkeit und ökologischer Aspekte

Gender-Kriterien

Freiraum: Gestalterische Qualitäten



Erwin Schrödinger-Zentrum, Adlershof



Umwelt



Qualitätvolle und gesunde Umwelt steigert das Wohlbefinden

Architektur, Stadt- und Freiraumplanung gestalten und verändern Umwelt. Vorhandene und zu erwartende Umwelteinflüsse sind auf genderechte Verträglichkeit zu prüfen. Gleichzeitig sollten alle erwünschten Aspekte von Umwelt berücksichtigt werden, um Vielfalt herzustellen und zu bewahren.

In einem ersten Ansatz wird hier auf die Bedeutung von Lärm als Umwelteinfluss aufmerksam gemacht. Grundlage sind Erkenntnisse und Erfahrungen, bei der Genderaspekte zu neuen innovativen Lösungen im Umgang mit dem Spannungsfeld von Umweltlärm und Aufenthaltsqualität herausforderten. Nachhaltiges Bauen, Vermeidung von Schadstoffbelastungen, Energieeffizienz, städtisches Grün zur Luft- und Kleinklimaverbesserung und als Reservat ökologischer Vielfalt sind Umwelt-Gesichtspunkte, die in genderechter Planung Berücksichtigung finden. Für die vertiefte Auseinandersetzung mit diesen bedeutenden Themen zu Gender Mainstreaming und Umwelt bedarf es einen anderen Rahmen.

In einer Stadt wie Berlin sind die akustischen Aspekte der Umwelt und Wahrnehmung wesentlich im Sinne der oft negativen Beeinflussung der individuellen Lebenswelten, z.B. durch Lärm. Deshalb ist ein Hauptaugenmerk genderechter Planungen darauf zu richten, die Lärmbelastung zu minimieren und angenehme klangliche Umwelten zu schaffen. Der Umgang mit Verkehrsflächen als Schall-emittenten ist dabei von großer Bedeutung. Durch die räumliche Anordnung im Stadtraum, die räumliche Struktur und die bewusste klangliche Gestaltung kann wesentlich zur Nutzungsfreundlichkeit beigetragen werden.



- * Angenehme soundscapes (Klanglandschaften) als Kontrast zu typischen städtischen Geräuschkulissen z.B. Klangmöbel am Nauener Platz in Berlin
- * Schutz vor Lärm z.B. Spielplatz in Baulücke
- * Beachtung unterschiedlicher geschlechter-, kultur- und altersspezifischer Präferenzen

Gender-Kriterien

Umwelt



Nettelbeckplatz, Wedding



Ausblick



Wenn Gender Mainstream ist



Die hier genannten Kriterien basieren auf den spezifischen Berliner Erfahrungen und sind keineswegs als abschließender und vollständiger Katalog anzusehen. Vielmehr sind sie in jedem Planungsprozess durch die unterschiedlichen Beteiligten mit ihren jeweils spezifischen Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen kreativ anzupassen und zu ergänzen.

Die Kriterien sollen Planerinnen und Planer ermutigen, im Planungsprozess eigene Erfahrungen zu reflektieren und neue Erkenntnisse zur Diskussion zu stellen, so dass zukünftig auf einen immer breiteren Erfahrungsschatz zurückgegriffen werden kann.

Denn nur, wenn nicht schematisch Listen und Leitfäden abgearbeitet werden, sondern eine aktive Auseinandersetzung in unterschiedlichen planerischen Konstellationen mit diesen und weiteren Kriterien stattfindet, können die gewonnenen Erkenntnisse tatsächlich zum „Mainstream“ werden und mittelfristig zu einer geschlechtergerechteren Stadtentwicklung beitragen. Wir hoffen, dass diese Kriterien eine Anregung darstellen, diesen Weg weiter engagiert zu beschreiten.

Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung hat das Ziel, soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sichtbar zu machen und in allen planerischen Handlungsfeldern und bei allen Planungs- und Entscheidungsschritten aktiv abzubauen. Jedes Planungsvorhaben ist auf mögliche geschlechtsspezifische Auswirkungen hin zu überprüfen und so zu gestalten, dass es zur Gleichstellung beiträgt. Dabei geht es nicht darum, Unterschiede zwischen „den“ Frauen und Männern als gegeben hinzunehmen, sondern darum, Rollenzuschreibungen und Stereotype durch die Ermöglichung neuer Lebensentwürfe zu überwinden.

Berlin ist seit Jahren Vorreiterin in der Diskussion und Erprobung von Pilotvorhaben, insbesondere im Städtebau und in der Freiraumentwicklung. Der vorliegende Katalog bietet einen Überblick über die Kriterien, die hilfreich sind, Gender Mainstreaming in Planungsprozessen umzusetzen und Gender-Belange in der Entwicklung innerstädtischer Quartiere einzubeziehen. Die Kriterien bieten Anregungen für Planungsbeteiligte, sich in jedem neuen Projekt kreativ mit Gender Mainstreaming auseinanderzusetzen.

Die Möglichkeit sich mit eigenen Erfahrungen und Anregungen aktiv einzubringen, bietet die Mail-Adresse: gendermainstreaming@senstadt.berlin.de

Grundlagen und weitere Informationen

Babbe, Karin / Hofmann, Susanne: Silberdrachenschnaubenwelten - Ästhetische Alphabetisierung durch partizipative Architektur in einer öffentlichen Bildungseinrichtung, Erika-Mann-Grundschule, Berlin, in: A. Lehn, R. Stuefer (Hg.), „räume bilden – Wie Schule und Architektur kommunizieren“, Wien 2011.

Baranek, Elke: Gender in der Freiraum- und Spielplatzplanung. Reader zum Workshop am 29.09.2005 im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin 2005.

Berger, Tanja / Dorsch, Pamela: Geschlechterpolitiken der Europäischen Union (EU) / EU-Vergleich: Länder auf dem Gender-Prüfstand, Recherche im Auftrag des Gunda-Werner-Institutes, Berlin 2010.

Bergmann, Nadja / Pimminger, Irene: Praxishandbuch Gender Mainstreaming, Wien 2004.

Bauer, Uta / Bock, Stephanie / Wohlmann, Heike: Vergleichende Wirkungsanalyse zur Umsetzung von Gender Mainstreaming im EU-Programm URBAN II, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/2007/ 65. Jg. S. 146 - 158, Berlin 2007.

Bauer, Uta / Bock, Stephanie / Meyer, Ulrike / Wohltmann Heike: Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung. Eine Handreichung mit Checklisten. Difu-Papers, Berlin 2007.

Bock, Stephanie: Frauennetzwerke: Geschlechterpolitische Strategie oder exklusive Expertinnennetze, in: Becker, Ruth; Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, S. 870 - 878, Wiesbaden 2008.

Bock, Stephanie: Gender Mainstreaming in der Flächenpolitik. Eine Expertise des ExWoSt-Forschungsfeldes Kreislaufwirtschaft in der städtischen / stadtreionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis, Bonn 2006.

Bock, Stephanie / Bauer, Uta / Wohltmann, Heike: Neue Qualitäten im Städtebau durch Gender Mainstreaming?, in: RaumPlanung 129, S. 248 - 252, Bonn 2006.

Bock, Stephanie / Bauer, Uta / Meyer, Ulrike / Wohltmann, Heike: Städtebau für Frauen und Männer. Das Forschungsfeld „Gender Mainstreaming im Städtebau“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Werkstatt: Praxis Heft 44 (Herausgegeben vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn), Bonn 2006.

Bock, Stephanie: Gender Mainstreaming im Städtebau: Chancen und Grenzen der neuen Gleichstellungsstrategie in der Praxis, in: Ernst, Waltraud; Bohle, Ulrike (Hg.): Naturbilder und Lebensgrundlagen. Konstruktionen von Geschlecht. Internationale Frauen- und Genderforschung in Niedersachsen, Teilband 1, S. 65 - 84, Münster 2006.



Bock, Stephanie / Matthies, Hildegard / Riegraf, Brigit / Zimmermann, Karin: Wissenskommunikation im Kontext von Gender Mainstreaming. Konzeptionelle Überlegungen und Beispiele aus Kommunalverwaltungen in: Ernst, Sylke; Warwas, Jasmin; Kirsch-Auwärter, Edith (Hg.): wissenstransform. Wissensmanagement in gleichstellungsorientierten Netzwerken, S. 172 - 190, Münster 2005.

Bock, Stephanie / Matthies, Hildegard / Riegraf, Brigit / Zimmermann, Karin: Gender Mainstreaming – ein neues Tätigkeitsfeld für Sozialwissenschaftler/innen?, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis (HG. Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen e.V.), 27. Jahrgang, Heft 3/04, S. 239 – 254, 2004.

Bock, Stephanie / Matthies, Hildegard / Riegraf, Brigit / Zimmermann, Karin: Gender Mainstreaming – ein Thema für die Wissenschaftsforschung, in femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, 13. Jahrgang Heft 1/204, S. 135 - 138, 2004.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik, Werkstatt: Praxis Nr. 4 / 2002, Bonn 2002.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Stadtquartiere für Jung und Alt. Das ExWoSt – Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“, Berlin 2007.

Chestnutt, Rebecca / Ganssaue, Karin / Willecke, Barbara: Gender Mainstreaming im Entwurfsverfahren Breite Straße / Brüderstraße in Berlin Mitte – Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Berlin 2008.

Chestnutt, Rebecca: Vorschlag für eine innerstädtische Wohnanlage als Projekt des Gender Mainstreamings in Berlin – Mitte, Diskussion im Fachfrauenbeirat, Berlin 2005.

Deutscher Städtetag (Hg.): Gender Mainstreaming. Best Practice Beispiele aus den Kommunen, Berlin 1993.

Deutscher Städtetag, Kommission „Frauen in der Stadt (Hg.): Frauen verändern ihre Stadt. Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung. DST-Beiträge zur Frauenpolitik, Reihe L, Heft 3 / 1995.

Dorsch, Pamela / Droste, Christiane: Leitfaden Gendergerechte Veranstaltungsplanung, im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin 2007.

Dorsch, Pamela / Droste, Christiane / Siebert, Ingo: Modelle Genossenschaftlichen Wohnens. Gender Mainstreaming in der genossenschaftlichen Praxis, Forschungsprogramm ExWoSt, im Auftrag des BMVBS und des BBR, Bonn 2006.

Droste, C. / Zajczyk, F.: The gender-perspective: to be at the heart of the estates' regeneration. In: Kempen, Ronald van / Knorr-Siedow, Thomas / Murie, Alan / Tosics, Ivan (Hg.): Regenerating Large Housing Estates. New Visions and Good Practices. Urban and Regional Research Centre Utrecht: Utrecht 2005.

Droste, C. / Molina, I. / Zajzyk, F.: Rehabilitating large housing estates - does gender matter? In: Dekker, Karien / Van Kempen, Ronald / Tosics, Ivan (Eds.) Restructuring Large Scale Housing Estates in European Cities. Policy Press, London 2005.

Facijs, Katja: Vom Hören und Staunen – der Nauener Platz, in: Garten + Landschaft – Spiel, Sport und Bewegung, 1/2011, München 2011.

Färber, Christine: Partizipation und Städtebaupolitik. In: Sauer, Birgit / Behning, Uta (Hg.): Was bewirkt Gender Mainstreaming, Frankfurt / New York 2004.

Flecken, Ursula / Dylong, Hedwig / Tschepe Christfried: Gender Mainstreaming Molkenmarkt / Klosterviertel, interner Bericht Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin 2007.

Flecken, Ursula / Scheinig, Katja / Richter, Paul: Gender spezifische Nutzungsanalyse Kulturforum, interner Bericht Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin 2007.

Frauenbeirat bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Frauenbeirat im Spannungsfeld zwischen Gender und Mainstream, Arbeitsbericht 2003/2004, Berlin 2004.

Frauenbeirat Stadtplanung im Bezirk Mitte: Frauenbelange in der verbindlichen Bauleitplanung, in der Bereichsentwicklungsplanung, in städtebaulichen Verträgen, Praxis-Leitfaden, Berlin 2002.

Grüger, Christine / Zibell, Barbara: Von der frauengerechten Stadtplanung zum Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung. In DST-Beiträge zur Stadtentwicklung (Reihe L), Arbeitshilfe 4 Frauen verändern ihre Stadt – Indikatoren, Köln 2005.

Hofmann, Susanne: Form Follows Kids' Fiction - Partizipative und interaktive Architektur für Schulen und Kindergärten in: IBA Schriftenreihe Band 3 – Metropole: Bilden, Hrsg. IBA Hamburg, Berlin 2009.

Hösl-Kulike, Cornelia / Krause, Juliane / Wanzek, Ute (Bearb.): Gender Kompass, Stadt Freiburg im Breisgau 2008.

Hösl-Kulike, Cornelia / Intrup, Cordula / Schröder, Anke / Zibell, Barbara (Bearb.): Gender Kompass Planung, Stadt Freiburg im Breisgau 2009.

Humpert, Gisela / Zentrum Frau in Beruf und Technik (ZFBT): Gender Mainstreaming für Planungswettbewerbe, Castrop-Rauxel 2006.

Huning, Sandra: Geschlechter – als Identitätskonstruktionen in öffentlichen Räumen – Folgen für die städtische Freiraumplanung. Erscheint in: Emmenegger, B., Litscher, M. (Hg.): Perspektiven zu öffentlichen Räumen. Theoretische und praxisorientierte Beiträge aus der Stadtforschung, Luzern Herbst 2011.

Huning, Sandra: Die politische Dimension öffentlicher Räume – ein Kriterium für den Stadtumbau? In: Altrock, U., et al. (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2008, S. 55 - 68, Berlin 2008.

Huning, Sandra: Der öffentliche Raum als Bühne der Stadtgesellschaft. In: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. Berlin (Hg.): U2 Alexanderplatz. Dokumentation des künstlerischen Wettbewerbs Alexanderplatz U2 2004/2005 S. 10-11, Berlin 2006.

Ilk, Cagla: „Gated Communities“ – die Zitadellen der Moderne in: Bacik, C. / Ilk, C. / Pschera, M. (Hg.): Intercity Berlin Istanbul, Berlin 2010.

LAG – Landesarbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe: Leitlinien zur Verankerung der geschlechterbewussten Ansätze in der pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe, Berlin 2004.

Maier Bernd / Schoen Annalie: ... noch ein Pilotprojekt zum kleinen Unterschied, Gender Mainstreaming in der Freiraumplanung in: Planerin Heft 2/05, Berlin 2005.

Nolte, Michaela: Barbara Willecke im Gespräch mit Michaela Nolte in kiez-info-Aktuell, Quartiersmanagement Pankstraße, Berlin 2009.

Schröder, Anke: Gender Mainstreaming als Instrument bedarfsgerechter Wohnraumversorgung, Hamburg 2011.

Schulte-Fortkamp, Brigitte / Willecke, Barbara: Grundlegende Verfahren in der Öffentlichkeitsarbeit „Lärm“ die Einbeziehung der „Neuen Experten“, Vortrag zum Tag gegen Lärm, Berlin 2009.

Willecke, Barbara: „Nauener Platz“, planung freiraum (Hg.), Berlin 2011.

Zibell, Barbara / Schröder, Anke: Frauen mischen mit. Qualitätskriterien für die Stadt- und Bauleitplanung, Frankfurt am Main 2007.

Zibell, Barbara / Dahms, Nicole / Karacsony, Maya: Bedarfsgerecht Raumplanen, Gender Practice und Kriterien in der Raumplanung, Kurzfassung Endbericht, Land Salzburg (Hg.), Materialien zur Raumplanung, Band 21, Salzburg 2006.

Zibell, Barbara (Hrsg): Gender Building, Frankfurt am Main 2009.



Relevante Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

Barrierefreies Planen und Bauen in Berlin. Grundlagen und Beispiele (2007)

Bausteine der Nachhaltigkeit „Ökologisches Bauen in Berlin“ (2009)

Demografiekonzept für Berlin (2009)

Handbuch Design for all – Öffentlicher Freiraum Berlin (2010)

Handbuch zur Partizipation (2011)

Handbuch zur Sozialraumorientierung (2009)

Gender auf dem Weg in den Mainstream der Stadtentwicklung (2006/2011)

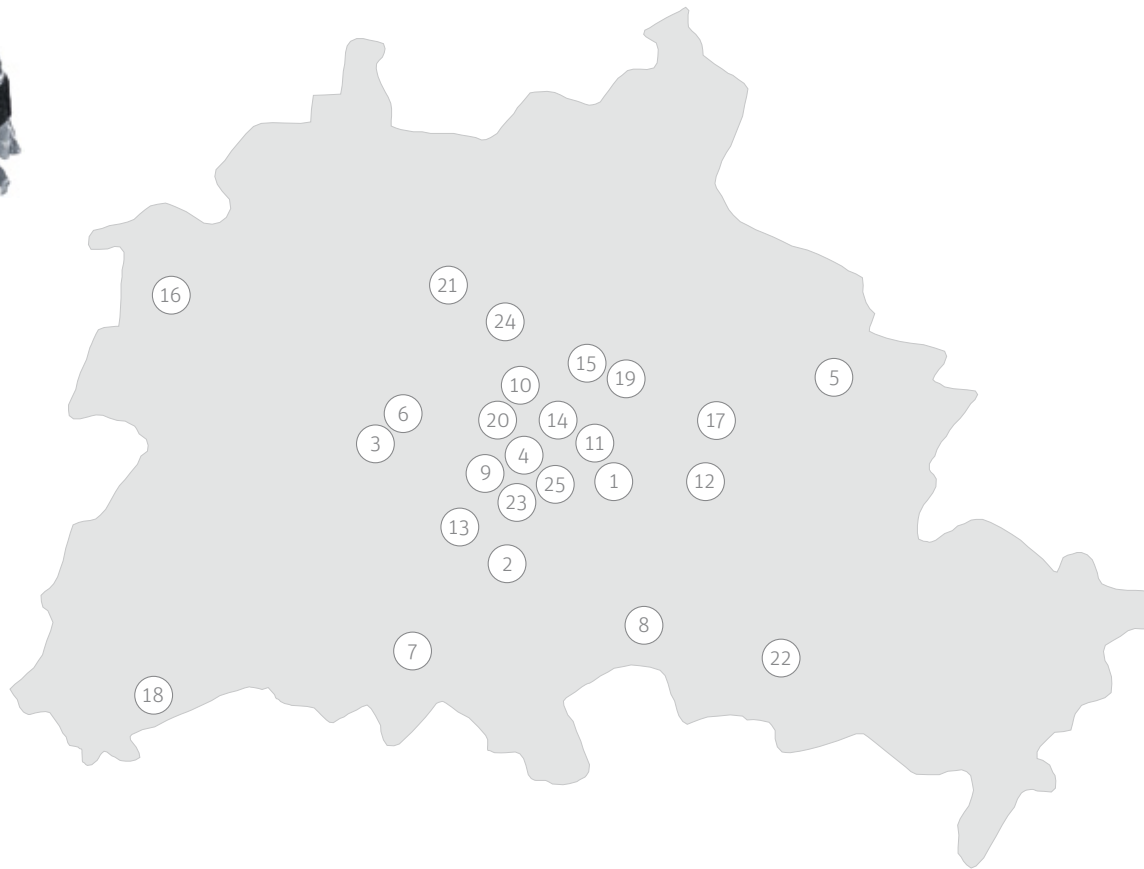
Vielfalt fördern in Wohnungsbaugenossenschaften – Qualitätssicherung durch
Gender Mainstreaming (2011)

Internetseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – Frauenbeirat (2011)

Internetseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – Gender Diversity
(2011)



Orte



- 1 Spreekanal Treptow
- 2 Flugfeld Tempelhof
- 3 Breitscheidplatz Charlottenburg
- 4 Lilli-Henoch-Sportplatz am Anhalter Bahnhof: Stadion der Frauenfußball-Mannschaft von BSV – AL Dersimspor e.V., Kreuzberg
- 5 Marzahn
- 6 Technische Universität Institut für Mathematik, Straße des 17. Juni, Charlottenburg
- 7 Baugenossenschaft Innenhof, Steglitz (Charlottenburger Baugenossenschaft eG)
- 8 Karl-Marx-Straße Neukölln
- 9 Schulfest der Aziz-Nesin-Grundschule Urbanstraße, Kreuzberg
- 10 Schloßplatz Mitte
- 11 Oberbaumbrücke Friedrichshain
- 12 Zillepromenade Rummelsburg
- 13 Pallaseum Pallasstraße Schöneberg
- 14 Scheunenviertel Mitte
- 15 Schönhauser Allee Prenzlauer Berg
- 16 WaschCafé Schäferstraße 8, Spandau (Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG)
- 17 BVG Straßenbahn Werkstatt, Lichtenberg
- 18 Wochenmarkt Mexikoplatz Zehlendorf
- 19 Rykestraße Prenzlauer Berg
- 20 Friedrichstraße Mitte
- 21 Nauener Platz Wedding
- 22 Erwin Schrödinger-Zentrum, Campus Adlershof
- 23 Prinzessinnengarten Moritzplatz, Kreuzberg
- 24 Nettelbeckplatz Wedding
- 25 Kottbusser Tor Kreuzberg



Impressum

Herausgeberin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Württembergische Straße 6
10707 Berlin

Verfasserinnen

Fachfrauenbeirat der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung:
Prof. Rebecca Chestnutt, Karin Ganssaue, Barbara Willecke
Dr. Elke Baranek, Dr. Stephanie Bock, Dr. Sandra Huning, Dr. Anke Schröder
Anna Damrat, Pamela Dorsch, Prof. Susanne Hofmann
Cagla Ilk, Sybille Uken

in Zusammenarbeit mit Sibylle Krönert (Abteilung Zentrale Steuerung)
Koordination unter Mitarbeit von Laura Braatz

Internetfassung

<http://stadtentwicklung.berlin.de>

Gestaltung + Fotografie

AndreasFranzXaverSüß
www.afxs.de

Druck

DZA Druckerei zu Altenburg GmbH
www.dza-satzundbild.de

Verlag

Kulturbuch-Verlag GmbH, Berlin
www.kulturbuch-verlag.de

ISBN 978 – 3 – 88961 – 320 – 2

Berlin, Juli 2011



Gender Mainstreaming fördert als gleichstellungspolitisches Instrument die gesellschaftliche Chancengleichheit der Geschlechter unterschiedlicher Herkunft und Generationenzugehörigkeit. Am Beispiel des Gender Planning zeigt das vorliegende Berliner Handbuch zahlreiche Instrumente, die einen Planungsprozess so gestalten, dass von der Idee über Beteiligung, Beschluss, Ausschreibung und Ausführung die Interessen aller potentiellen Nutzerinnen und Nutzer Berücksichtigung finden. Ziel von Gender Planning ist, gegenwärtigen wie künftigen Generationen mit ihren vielfältigen Lebens- und Erwerbsmodellen, mit unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft ein flexibles, integrationsförderndes Zuhause in den Städten zu geben, die wir heute prägen.

